

BEVÖLKERUNG, ERWERBSPERSONEN UND AUSWANDERUNG

Die derzeitige anomale Bevölkerungsstruktur ist in erster Linie auf die Bevölkerungspolitik des Dritten Reiches, die Menschenverluste während des zweiten Weltkrieges und die Kriegsfolgen zurückzuführen. Noch Ende 1949 ergab sich bei einem Vergleich des Altersaufbaus der Bevölkerung mit dem des Jahres 1939, wobei ein normales Wachstum unterstellt wurde, ein absolutes Defizit der Altersgruppen unter 14 Jahren, von 14 bis 20 und von 20 bis 40 Jahren. Dagegen hatten die Altersgruppen von 40 bis 65 und über 65 Jahren außergewöhnlich stark zugenommen.¹⁾ Die weitere Entwicklungstendenz verläuft in der gleichen Richtung. Hierbei ist besonders die Entwicklung der Altersgruppe der unter 14jährigen — des Nachwuchses — und der über 65jährigen — der alten Leute — entscheidend. Von 1949 bis 1960 nimmt erstere um 5 vH. ab, während letztere eine Zunahme von etwa 25 vH. erfährt.²⁾ Der bereits im Jahre 1949 festgestellte anomale Altersaufbau verschlechtert sich bis zum Jahre 1960 noch mehr. Man darf sich durch die absolute Zunahme der Gesamtbevölkerung und der einzelnen Altersgruppen nicht täuschen lassen. Eine ähnliche Entwicklung wie in Westdeutschland können wir übrigens in fast sämtlichen westeuropäischen Staaten beobachten.

Will man aus den rein demographischen Zahlen Schlußfolgerungen auf die weitere Entwicklung der *Erwerbsstruktur* ziehen, so kommt es weniger auf die Veränderung der absoluten Zahlen an als vielmehr auf das Verhältnis, in dem die einzelnen Altersgruppen zunehmen. Aus einer früheren Schätzung des Statistischen Bundesamtes über die voraussichtliche Geschlechts- und Altersgliederung der Bevölkerung im Bundesgebiet Ende 1959 im Vergleich zu 1949, ergibt sich, daß bis zum Jahre 1960 die Altersgruppe der über 65jährigen zehnmal so stark zunimmt wie die der 14- bis 20jährigen.

Bisher hat die Zunahme der einzelnen Altersgruppen der Bevölkerung nicht zu einer entsprechenden Zunahme der Erwerbspersonen in diesen Altersgruppen geführt. Erstere erfaßt zum großen Teil nur Personen, die sich überhaupt nicht oder nur sehr schwer ins Erwerbsleben eingliedern lassen (Kinder, Frauen, alte Leute, Berufsunfähige bzw. Invalide). Von dem Gesamtzuwachs von 8,4 Millionen in Westdeutschland im Zeitraum von Mitte 1939 bis Mitte 1949 entfallen 6,1 Millionen (73 vH.) auf diesen Personenkreis, während sich die Zahl der erwerbsfähigen Personen nur um 2,3 Millionen (27 vH.) erhöht hat.

Eine nähere Untersuchung der Erwerbsstruktur zeigt deutlich die Überalterung der deutschen Arbeiterschaft. Die Ursache hierfür ist folgende: Die älteren Arbeitskräfte stammen aus den Jahrgängen mit einer Geburtenziffer von jährlich bis zu zwei Millionen (früheres Reichsgebiet). Diese Jahrgänge sind durch den ersten Weltkrieg dezimiert worden, die jüngeren Jahrgänge aber (d. h. 1915 und ff.) mit einer an und für sich schon geringen Geburtenziffer (bis zu etwa 900 000 im Jahr 1932/33) sind durch den zweiten Weltkrieg dezimiert worden. Sie haben daher absolut *und* prozentual viel höhere Verluste erlitten als die älteren Jahrgänge. Es ist zu erwarten, daß vom Jahre 1957 bzw. 1958 an die älteren Jahrgänge in allmählich immer größer werdenden Zahlen aus dem

1) Hilde Wander: „Die Bedeutung der Auswanderung für die Lösung europäischer Flüchtlings- und Bevölkerungsprobleme“, Forschungsbericht des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel 1951, S. 34.

2) Quelle: „Wirtschaft und Statistik“, 1. Jahrg. N. F. Heft 11, Februar 1950.

Erwerbsleben ausscheiden. Die Zahlen des Nachwuchses aber, durch den die Ausscheidenden ersetzt werden müssen, werden immer geringer. Dies wird auch durch folgende Gegenüberstellung verdeutlicht:

Erwerbspersonen von 14 bis 20 Jahren		in vH.; 1950 = 100	Nichterwerbstätige Personen	
1950	100		100	
1955	121		108	
1960	100		109	

Aus der Übersicht geht hervor, daß bis zum Jahre 1955 infolge des Nachrückens der stark besetzten Geburtsjahrgänge 1936 bis 1940 in das erwerbsfähige Alter zwar die Zahl der Nachwuchskräfte steigt, jedoch von 1955 an wieder entsprechend sinken wird, während die Zahl der infolge Mortalität und Berufsunfähigkeit bzw. Invalidität nichterwerbstätigen Personen — die Zu- und Abwanderung im Bundesgebiet ist hierbei berücksichtigt — in der Zeit von 1950 bis 1960 beständig steigt und eine Zunahme bis zu 10 vH. erfahren wird.

Nachstehende Gegenüberstellung zeigt, daß die Zahl der Erwerbspersonen in diesem Zeitraum nicht in dem gleichen Maße zunehmen wird wie die Bevölkerungszahl. Da es in erster Linie darauf ankommt, die *Entwicklungstendenz* zu zeigen, genügt die Angabe von Verhältniszahlen; auf diese Weise werden eventuelle Fehler auf ein Mindestmaß herabgedrückt. ³⁾

	Bevölkerungszahlen Ende 1959			Erwerbspersonen 1960		
	in vH.			in vH.		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		1949 = 100		1950 = 100		
unter 14 J.	95	95	95	—	—	—
14 bis unter 20 J.	102	102	102	100	100	100
20 bis unter 40 J.	113	123	104	111	125	105
40 bis unter 65 J.	105	103	107	104	102	112
65 und mehr J.	125	118	133	168	175	150
insgesamt	106	107	105	102	113	108

Die Entwicklungstendenz ist eindeutig: Die Zahl der Erwerbspersonen (Beschäftigte und Arbeitslose) im Alter von 14 bis 20 Jahren bleibt unverändert, während die entsprechende Bevölkerungszahl um 2 vH. steigt. Auch bei den übrigen Altersgruppen nimmt die Bevölkerungszahl mehr zu als die Zahl der Erwerbspersonen, mit Ausnahme der über 65jährigen. Hier nimmt die Zahl der Erwerbspersonen sogar um 68 vH. zu und liegt weit über der entsprechenden Bevölkerungszahl. Schon allein aus dieser, bei normalen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu erwartenden Entwicklung wird ersichtlich, daß eine große Zahl der über 65jährigen, aus dem Erwerbsleben normalerweise ausscheidenden Arbeitskräfte, in Zukunft freiwillig oder notgedrungen berufstätig sein wird. Eine *zusätzliche* Eingliederung alter Leute in die Wirtschaft des Bundesgebietes wird deshalb außerordentlich schwierig sein, abgesehen davon, daß sich hiergegen vom Standpunkt einer fortschrittlichen Sozialpolitik manches einwenden läßt.

Das Flüchtlingsproblem, aber auch das damit im engen Zusammenhang stehende Problem der *strukturellen* Arbeitslosigkeit läßt sich durch eine einfache Korrektur der Bevölkerungszahl nicht lösen. Die sogenannte Übervölkerung im Bundesgebiet ist rein *qualitativer* Art, d. h. es tritt trotz einer hohen Bevölkerungszahl, je nach der Branche und den regionalen Verhältnissen unterschiedlich jetzt bereits Facharbeitermangel auf. Dieser wird im Laufe der Zeit noch größer werden, was auch, wie bekannt geworden ist, von amtlicher Seite bestätigt wird.

³⁾ Es ist zu erwarten, daß die früheren Schätzungen des Statistischen Bundesamtes nach Vorliegen der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1950 einer Korrektur bedürfen. Trotzdem wird sich die Entwicklungstendenz durch veränderte absolute Zahlen kaum ändern.

Wenn man sich der Mühe unterzieht und das Zahlenmaterial des Statistischen Bundesamtes und des Bundesarbeitsministeriums durcharbeitet, kommt man zu ganz anderen Schlußfolgerungen als *Kurt Fiebich* in Heft 11/1951.⁴⁾ Es ist mehr als kühn zu behaupten, das Durchschnittsalter der Arbeitnehmer im Bundesgebiet habe sich relativ *geringfügig* erhöht. Selbst das Bundesarbeitsministerium weist in seiner Veröffentlichung über die Berufs- und Altersstruktur der Arbeiter und Angestellten am 31. Oktober 1950 auf die beträchtliche Erhöhung des Durchschnittsalters hin, die sich eindeutig aus den von Fiebich selbst angegebenen Zahlen ergibt. Bereits im Jahre 1950 übertraf das Durchschnittsalter der männlichen Arbeitnehmer (37, 34 Jahre), um mehr als fünf Jahre das der Arbeiter im Jahre 1907 und etwa um viereinhalb Jahre das Durchschnittsalter der Arbeiter im Jahre 1925.

Obwohl in einzelnen Wirtschaftszweigen bzw. Berufsgruppen je nach dem Durchschnittsalter der sich auf den einzelnen Wirtschaftszweig verteilenden Berufe und je nach der Stärke, in der die einzelnen Berufe vertreten sind, das Durchschnittsalter der Arbeitnehmer sehr unterschiedlich sein kann und sich keine allgemeingültigen Schlüsse ziehen lassen, so ist die von *Ziertmann* auf Grund eines Berichts der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie durchgeführte Untersuchung über den Altersaufbau der Belegschaft der eisenschaffenden Industrie sehr aufschlußreich.⁵⁾ Hiernach fehlten am 1. Dezember 1949 in der Gesamtbelegschaft dieses Wirtschaftszweiges in den 16 Jahrgängen von 23 bis 38 Jahren im Vergleich zu den Jahrgängen von 39 bis 54 Jahren 37 vH., und zwar bei den männlichen Beschäftigten 41 vH., in der Arbeiterschaft 36 vH. und in der Angestelltenschaft 43 vH. Noch ungünstiger ist der Vergleich bei einer Aufgliederung der männlichen Belegschaft auf verschiedene Arbeiterkategorien. Es fehlten in den 16 jüngeren Jahrgängen gegenüber den 16 älteren Jahrgängen: 63 vH. qualifizierte Facharbeiter, 28 vH. Facharbeiter, 65 vH. Spezialarbeiter, 36 vH. angelernte Arbeiter, 25 vH. ungelernete Arbeiter, 96 vH. Meister. Angesichts dieser Situation wäre es absurd, einerseits von der Notwendigkeit einer gesteigerten Berufsausbildung mit dem Ziel einer erhöhten Facharbeiterausbildung zu sprechen, andererseits aber der Auswanderung von Facharbeitskräften tatenlos zuzusehen. Es genügt nicht nur, ausreichenden Vorrat zu beschaffen, man muß mit Vorrat und Bestand auch haushälterisch umgehen können. Fiebich empfiehlt, von der Irrlehre der Quantität abzugehen und mehr Gewicht auf die Qualität zu legen. Er selbst verfällt jedoch hinsichtlich der Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahlen dieser Irrlehre. Wenn sich auch zur Zeit hinsichtlich der Zu- und Abwanderung im Bundesgebiet ein Wanderungsüberschuß ergibt — er hat im Jahre 1951 gegenüber dem Jahre 1950 beträchtlich abgenommen — und nach den Vorausschätzungen des Statistischen Bundesamtes mit einem Geburtenüberschuß von 2,4 Millionen in einem Jahrzehnt zu rechnen ist, so besagt dies noch nichts über die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der Auswanderung. Trotz einer solchen Bevölkerungszunahme kann eine größere Abwanderung gewerblicher Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft eine Gefahr bedeuten.

An Hand der Statistik des Bundesarbeitsministeriums über „Die Arbeitsaufnahme von Arbeitskräften aus dem Bundesgebiet ins Ausland“⁶⁾ lassen sich für das Jahr 1951 folgende Feststellungen treffen: Die Auswanderung hat — selbst

4) Vergl. Kurt Fiebich: „Zur westdeutschen Bevölkerungssituation. Haben wir einen Facharbeitermangel zu erwarten?“ in Heft 11/1951 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, Seite 607 ff.

5) Vergl. Prof. Paul Ziertmann: „Die andere Seite der Berufsnot der Jugend“ in der Abhandlung: „Zur Frage der Berufsnot der Jugend“, Schriftenreihe „Wirtschaft und Berufserziehung“ des Deutschen Industrie- und Handelstages, Heft 1, Seite 14 ff.

6) BM für Arbeit, Bonn; „Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen“, 2. Jahrg.

wenn die absoluten Zahlen keinerlei Anlaß zu Befürchtungen geben — beständig zugenommen⁷⁾, und zwar die Zahl der ausgewanderten Männer viel stärker als die der ausgewanderten Frauen, Von entscheidender Bedeutung ist jedoch die Tatsache, daß die Mehrzahl der Auswanderer den jüngeren und mittleren Jahrgängen sowie den Berufen angehören, in denen sich bereits heute Facharbeitermangel bemerkbar macht. Eine Untersuchung der in der Statistik angegebenen Zahlen im Zeitraum vom Februar bis Juli 1951⁸⁾ ergibt, daß 35 vH. der ausgewanderten Männer und 59 vH. der ausgewanderten Frauen 24 Jahre alt und jünger waren; insgesamt waren die mittleren Jahrgänge im Alter von 25 bis 44 Jahre bei den Männern mit 48 vH. und beiden Frauen mit 36 vH. vertreten. 85 bis 90 vH. der Gesamtzahl der Auswanderer stammten also aus den jüngeren und mittleren Jahrgängen (in diesen Zahlen sind zwar die auf ausländischen Schiffen angeheuerten Personen, die nicht als Auswanderer im strengen Sinne zu betrachten sind, mit enthalten; ließe man diese unberücksichtigt, würde sich trotzdem das Bild nicht wesentlich ändern). Hinsichtlich der Berufe der ausgewanderten Männer ergibt sich folgendes Bild: 1. Metallhersteller und -verarbeiter 21,5 vH. (hiervon arbeitslos 48 vH.); 2. Bauberufe 13,2 vH. (hiervon arbeitslos 63 vH.); 3. Nahrungs- und Genußmittelhersteller 10,7 vH. (hiervon arbeitslos 40 vH.); 4. Ingenieure und Techniker 8,4 vH. (hiervon arbeitslos 53 vH.); 5. Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer 6,9 vH. (hiervon arbeitslos 31 vH.); 6. Kaufmännische Berufe 5,9 vH. (hiervon arbeitslos 45 vH.); 7. Holzverarbeiter und zugehörige Berufe 5,2 vH. (hiervon arbeitslos 67 vH.); 8. Hilfsberufe der Stoffherzeugung und -Verarbeitung 4,3 vH. (hiervon arbeitslos 64 vH.); 9. Elektriker 3,4 vH. (hiervon arbeitslos 64 vH.); 10. Textilhersteller und -verarbeiter 0,8 vH. (hiervon arbeitslos 35 vH.); 11. Forst-, Jagd- und Fischereiberufe 1,3 vH. (hiervon arbeitslos 58 vH.); 12. Künstlerische Berufe 0,8 vH. (hiervon arbeitslos 63 vH.); 13 Sonstige 17,6 vH.

Bei dieser Übersicht wurde von der Gesamtzahl der Auswanderer ausgegangen, die Berufsgruppen „Maschinisten und zugehörige Berufe“, „Verkehrsberufe“, die annähernd mit den auf ausländischen Schiffen angeheuerten Personen identisch sind, blieben außer Betracht. Demnach stellten die Metallhersteller und -verarbeiter sowie die Bauberufe ein Drittel der Auswanderer, während die Zahl der ausgewanderten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nur 6,9 vH. und die der aus kaufmännischen Berufen stammenden Personen nur 5,9 vH. betragen. Ein wesentlicher Teil der aus der Bundesrepublik ausgewanderten Personen gehörte also Berufen an, die bei uns dringend gebraucht werden. Vom arbeitsmarktpolitischen Standpunkt war interessant festzustellen, daß im Zeitraum der Untersuchung der Prozentsatz der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Auswanderer nur 49 vH. betrug; der Prozentsatz der Heimatvertriebenen (ausschließlich der heimatlosen Ausländer) an der Gesamtzahl der Auswanderer (einschließlich der auf ausländischen Schiffen angeheuerten Personen) war verhältnismäßig gering und betrug nur 14 vH.

Eine solche Entwicklung ist arbeitsmarktpolitisch unerwünscht, jedoch nicht zu verhindern, denn es muß das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes erhalten bleiben. Dieses Recht sollte keineswegs eine Einschränkung erfahren, was uns aber nicht von der Pflicht entbindet, auf die zu erwartende Entwicklungstendenz der Bevölkerung, der Erwerbspersonen und der Auswanderung mit aller Deutlichkeit hinzuweisen. Würde man zu den von Fiebich empfohlenen Maßnahmen

7) Vergl. auch „Berichte des Statistischen Bundesamtes“, Wiesbaden, Arb.-Nr. VIII/12/8, ersch. am 6. Februar 1952, S. 2. Hiernach ergibt sich für das dritte Quartal 1951 gegenüber dem Ausland ein Abwanderungsüberschuß von 12 053 Personen; der Abwanderungsüberschuß im dritten Quartal 1950 betrug dagegen nur 5558 Personen.

8) BM für Arbeit, Bonn: „Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen“, 2. Jahrg., Heft Nr. 5—9.

der Arbeitskraft- und Berufsausbildungslenkung übergehen, so müßte man allerdings unter Umständen das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, das Fiebich im Interesse der demokratischen Grundfreiheit speziell für die Auswanderung mit großem Nachdruck fordert, verletzen müssen. Der Widerspruch liegt darin, daß man nur schwerlich auf dem innerdeutschen Arbeitsmarkt lenken kann, wenn der Bewegung der Arbeitskräfte über die Landesgrenzen hinaus keine Schranken gesetzt sind. Der von Fiebich gegen die verantwortlichen Stellen erhobene Vorwurf trifft insoweit nicht zu, was aber nicht bedeuten soll, daß alle nur möglichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur organischen Eingliederung der Arbeitslosen und eine den wirtschafts- und sozialpolitischen Erfordernissen gerecht werdende Berufsausbildung nicht vonnöten seien.

Die Untersuchung sollte auch gezeigt haben, daß die auf Grund der Wirtschaftsdynamik veränderlichen Berufschancen für die Erwerbspersonen beiderlei Geschlechts und jedes Alters den anomalen Altersaufbau unserer Arbeiterschaft auf die Dauer nicht verdecken können. Vielleicht trifft es im Einzelfall zu, wie Fiebich behauptet, daß in Zukunft viele der über 65jährigen gerne arbeiten, wenn man ihnen die Möglichkeit dazu bietet. Nach den Erfahrungen der Praxis sind diese Personen aber in der Mehrzahl der Fälle nicht mehr arbeitsvermittlungsfähig. An eine Heraufsetzung der Altersgrenze aus arbeitsmarktpolitischen Gründen kann nicht gedacht werden. Es ist richtiger, für ausreichenden Nachwuchs zu sorgen und sich einen genügenden Facharbeiterstand zu sichern, als alte Leute, die die Altersgrenze überschritten haben, weiterarbeiten zu lassen. Im übrigen ist auch Fiebichs malthusianische Betrachtungsweise wenig überzeugend. Nachwuchsmangel führt auf die Dauer zum Untergang eines Volkes. Dafür gibt es genügend Beispiele in der Geschichte. Es ist verständlich, daß zahlreiche Staaten, um die Geburtenziffer zu heben, eine bewußte Bevölkerungs- bzw. Familienpolitik betrieben haben und auch heute betreiben (Frankreich).

Das Argument Fiebichs, daß in unserem „Sozialgepäck“ Arbeitskraftreserven stecken, durch deren Eingliederung in das Erwerbsleben sich die ungünstige Relation der Erwerbstätigen zu den Nichterwerbstätigen vorübergehend verbessern läßt, mag in gewisser Weise zutreffen, jedoch werden hierdurch die gegen die Auswanderung geäußerten Bedenken, letztere führe, wenn sie ein größeres Ausmaß annehme und einen Entzug der jüngeren und mittleren Jahrgänge zur Folge habe, zu einem noch ungünstigeren Verhältnis, nicht ausgeräumt. Alle diese Überlegungen sind nicht besonders vom Nationalstandpunkt, sondern aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Überlegungen einleuchtend. Gewinnt man Klarheit hierüber und weiß man, welchen Weg man einzuschlagen hat, so dient man nicht nur rein nationalen, sondern auch überstaatlichen Interessen, denn die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft ist nicht ohne Einfluß auf Bestand oder Nichtbestand anderer europäischer Volkswirtschaften.

Die Lösung des deutschen Flüchtlingsproblems liegt in erster Linie in der Erweiterung des deutschen Wirtschaftsspielraums. Hierdurch sei jedoch nicht gesagt, daß durch eine vernünftige Auslese-Auswanderung keine Abhilfe geschaffen werden könnte. Für bestimmte Arbeiterkategorien, insbesondere landwirtschaftliche Arbeitskräfte wird es in absehbarer Zeit an Möglichkeiten einer Eingliederung bzw. Selbsthaftmachung im Bundesgebiet fehlen. Die Auswanderung mag hier ein willkommener Ausweg sein. Sollte es zum Abschluß von Wanderungsverträgen mit überseeischen Staaten kommen, so müssen neue Formen einer *produktiven* Auswanderung, bei der die Belebung des Außenhandels und der außenwirtschaftlichen Beziehungen einen ausreichenden und dauerhaften Gegenposten für den Verlust wertvoller Arbeitskräfte in der westdeutschen Handels- und Zahlungsbilanz ergibt, gefunden werden.